

# PRESSEDIENST

**VdK-Pressestelle**

Landesverbandsgeschäftsstelle  
Kaiserstraße 62  
55116 Mainz

Telefon 06131 - 66970-36  
Mobil 0170-3349817  
Telefax 06131 - 669-70-30

[katie.scholl@vdk.de](mailto:katie.scholl@vdk.de)  
[www.vdk.de/rheinland-pfalz](http://www.vdk.de/rheinland-pfalz)

3. November 2015

## Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit schließen Verbände fordern gesetzliche Nachbesserungen und neuausgerichtete Versorgung

Den drohenden Pflegenotstand zu verhindern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, betonten die vier Veranstalterverbände des „2. Pflegegipfels Rheinland-Pfalz“. Trotz unterschiedlicher Positionen haben sich die vier Interessenvertretungen erneut zusammengeschlossen, um das Thema „Versorgung in der Pflege“ in den Fokus zu stellen. Es sei wichtig, dass alle Interessengruppen und Fachleute offen miteinander diskutieren und Lösungen aufzeigen. Nur so könne die Pflege mittel- bis langfristig demografiefest gemacht werden.

Sozial- und Demografieministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Schirmherrin des Pflegegipfels, sagte: „Pflege ist und bleibt die Herausforderung der Zukunft. Wir sind heute gefordert, gemeinsam die notwendigen Voraussetzungen für die pflegerische Versorgung von morgen zu schaffen. Mein Dank gilt deshalb den Veranstaltern des 2. Pflegegipfels Rheinland-Pfalz, die im Rahmen der Demografiwoche das Thema der Versorgungssicherheit angesichts des demografischen Wandels diskutieren und in den Fokus der Öffentlichkeit bringen.“

Der **Sozialverband VdK Rheinland-Pfalz** kritisierte, dass gute Gesetze oft ins Leere liefen. „Jeder Angehörige hat ein Recht auf Betreuungs- und Entlastungsleistungen, zum Beispiel wenn er ein demenzkrankes Familienmitglied pflegt“, sagte VdK-Landesverbandsvorsitzender Willi Jäger. „Dafür gibt es aber zu wenig anerkannte Einrichtungen, vor allem auf dem Land. Diese Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit muss die Politik schnell schließen.“ Auch gehen einige Rechtsansprüche an der Wirklichkeit vorbei, zum Beispiel die neue Familienpflegezeit. „Was nützt einem Arbeitnehmer die gesetzlich garantierte Teilzeitregelung, wenn er sich in Schulden stürzen muss und das Armutsrisiko infolge der geringen Rentenpunkte steigt“, so Jäger. „Dazu kommt, dass der Anspruch höchstens zwei Jahre besteht. Das ist bei den meisten Pflegefällen zu kurz.“

Die **PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz** warnte vor einer Überregulierung der Pflegeeinrichtungen. „Immer kompliziertere und detailliertere Vorgaben schränken eigenständige

Entscheidungen zunehmend ein, sowohl organisatorisch als auch unternehmerisch“, mahnte Vorsitzende Regine Schuster. „Einerseits sollen Pflegeeinrichtungen öffentlich-rechtlich vorgegebene Prozesse bedingungslos umsetzen, aber andererseits alleinig das volle Risiko tragen. Das passt nicht zusammen.“ Die Politik fordere von den Pflegeeinrichtungen zukunftsfähige Konzepte, verweigere aber gleichzeitig jede innovationsfreundliche Gesetzgebung. „Bei ambulanten Entlastungsleistungen erwartet die PflegeGesellschaft, dass das Pflegebudget nur Anbietern offensteht, die genauso hohe Qualitätsanforderungen haben wie zugelassene Pflegedienste, welche zudem automatisch als Anbieter von Entlastungsleistungen anerkannt werden müssten“, ergänzt Vorsitzender Dieter Hewener.

Andrea Kiefer, Vorsitzende des **Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) Südwest**, fordert eine Neuausrichtung der Versorgungsstrukturen und ein modernes Berufegesetz für die Pflegeausbildung. „Menschen pflegen Menschen, und das in allen Sektoren und Lebenslagen. Dazu brauchen wir eine ausreichende Anzahl an Fachkräften, und zwar mit hoher Qualifikation. Was nützen die besten politischen Versprechen und Reformen, wenn keine geeigneten und qualifizierten Pflegepersonen da sind, die sie umsetzen?“ Die Versorgung müsse präventiver ausgerichtet werden; Betroffene sollten möglichst lange selbstständig in den eigenen vier Wänden leben können. Dafür brauche es neue Ansätze einer aufsuchenden Pflegeberatung im ländlichen Bereich. Außerdem müsse die Gesundheitsförderung insbesondere von pflegenden Angehörigen ausgebaut werden.

„Pflegebedürftige benötigen maßgeschneiderte und an ihren Bedürfnissen ausgerichtete Unterstützungsangebote, um selbstbestimmt leben zu können“, erklärte Oliver Pfeleiderer, Vorstandsmitglied der **LAG Selbsthilfe Behinderter Rheinland-Pfalz**. „Leider verpasst das 2. Pflegestärkungsgesetz, den Übergang zur Eingliederungshilfe vernünftig zu regeln. Hier wird wohl erst das geplante Bundesteilhabegesetz Klarheit bringen. Pflege- und Teilhabeleistungen brauchen ein Gesamtkonzept.“ Außerdem würden Menschen stark benachteiligt, die auf Einrichtungen der Behindertenhilfe angewiesen seien. „Die gesetzlich gewährten 266 Euro für Aufwendungen der Pflegekasse decken finanziell nicht ansatzweise den Pflegebedarf. Auch muss man berücksichtigen, dass der Aufwand steigt, je älter die Betroffenen sind.“

Die Veranstalter dankten abschließend den Fachreferenten, die konkrete Handlungsansätze für Probleme in der Pflege aufzeigten, und Sozial- und Demografieministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler für die konstruktive und lösungsorientierte Diskussion mit den 110 Teilnehmern.

Über die Ergebnisse des „2. Pflegegipfels Rheinland-Pfalz“ werden Sie zeitnah auf der Internetseite [www.vdk.de/rheinland-pfalz](http://www.vdk.de/rheinland-pfalz) sowie in den Verbandsmedien der jeweiligen Veranstalter informiert.